Hans-Werner Brüning
Fraktion der Linkspartei.PDS
Im Stadtrat der Landeshauptstadt
Magdeburg

1.12.2005

Beitrag zur aktuellen Debatte „Soziale Lage in Magdeburg“

Sehr geehrte Damen und Herren,

An der Lage der Kinder ist die Verfasstheit einer Gesellschaft anzulesen. Und wenn Frau Bröcker soeben auf Kinderarmut in Magdeburg hingewiesen hat, so sind die Ursachen dafür nicht im kommunalpolitischen Handeln zu finden.

Vor 162 Jahren hat Carles Dickens seine weihnachtliche Erzählung „A Cristmas Carol“ verfasst, in welcher der herzlose Geschäftemacher Ebnezer Scrooge sich in Folge eines mahnenden, bösen Traums zu einem gütigen, alten Herren wandelt.
Dies ging mir beim Lesen der Beschreibung der sozialen Lage unserer Stadt durch den Kopf. Scrooge erlebte im Traum sein drohendes Ende, das er abwenden konnte.

Bei den Fakten im Bericht fragt man sich, wohin sind wir gekommen, und ob wir nicht auch auf einen Punkt zusteuern, den es abzuwenden gilt. Es ist klar, dass der vorliegende Bericht mit dem Schwerpunkt auf die Gesundheit in Magdeburg verfasst worden ist. Doch auf vielen Seiten erhalten wir deutliche Hinweise auf unsere soziale Verantwortung.

Wir dürften uns im Stadtrat wohl alle einig sein, der Wohlstand Magdeburgs, kann nicht an der Zahl von Autos pro Kopf der Bevölkerung gemessen werden. Dieser „Wohlstandsbeweis“ ist dem Vorgänger unseres heutigen Oberbürgermeisters in seiner Euphorie Mitte der neunziger Jahre eingefallen. 449 Pkw pro Tausend Einwohner im Jahr 2003 steht zum Beispiel das Problem von 23 248 *erwerbsfähigen* Hilfebedürftigen gegenüber, die von der ARGE Magdeburg im Januar 2005 gezählt worden ist. Armut breitet sich in unserer Stadt wie überall im Land aus und mit ihr viele kommunal nicht lösbare soziale Probleme – auch wirtschaftliche.

Besonders Kinder und Jugendliche sind betroffen. Wir müssen die Frage beantworten, ob ausreichende Lebensperspektiven und Chancengleichheit für die berufliche Zukunft noch für alle ein fassbarer gesellschaftlicher Wert sind. Ein Unternehmen der Stadt bedruckt Transparente, Plakate, Flyer und sogar einen Heißluftballon mit dem Slogan „Magdeburg, ich liebe dich!“. Gegen eine

solche Imagekampagne ist nichts einzuwenden. Am besten ist sie zu unterstützen, wenn die Voraussetzungen für eine um sich greifende Liebe zu Magdeburg geschaffen werden.

Ich will nicht dem Fatalismus das Wort reden, dass wir nichts ändern könnten. Stadtrat und Stadtverwaltung verfügen über umfangreiche finanzielle und administrative Mittel. Das Sozialbudget der Landeshauptstadt Magdeburg widerspiegelt sie. Doch Jahr für Jahr hat sich die soziale Lage in Magdeburg verschlechtert.
Hauptproblem ist die Arbeitslosigkeit. Sie bringt auch viele Folgelasten für die sozialen Systeme hervor. Die geradezu unlösbaren Probleme der Arbeitslosenversicherung, der Rentenversicherung, der Krankenversicherung, der Pflegeversicherung haben hauptsächlich mit rückläufigen Beiträgen zu tun.

Mit Hartz IV hat der Bundestag einige seiner Probleme auf die Kommunen - also auch auf uns - verlagert, ohne ihnen ausreichende Kompetenzen einzuräumen. Sogar die vor einem Jahr zugesagten Mittel für die Unterkunftskosten sind wieder in Frage gestellt worden. Wie sollen wir da der übertragenen Verantwortung für die Langzeitarbeitslosen gerecht werden?

Ursprünglich ist Hilfebedürftigkeit bei Erwerbsfähigen als eine vorübergehende Lebenssituation definiert worden. Bei von Arbeitslosigkeit Betroffenen verfestigt sich die Bedürftigkeit zunehmend. Ein Jahr nach dem In-Kraft-Treten des Hartz IV-Gesetzes stellen wir fest, dass es nicht zur besseren Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosengeld II-Beziehenden gekommen ist und nicht kommen konnte.

Zugenommen haben Mehraufwandsbeschäftigungen für 1,28 € in der Stunde, doch das ist aus unsere Sicht ein zweifelhafter Fortschritt. Denn es geht doch wohl um existenzsichernde Arbeit und Einkommen diesseits der Armutsgrenze. Und wenn Magdeburg seit 1990 etwa 60 000 Einwohner verloren hat, dann sind viele zu den Arbeitsplätzen hingezogen, und trotzdem blieb die Arbeitslosenquote bei 20 Prozent. Davon müssen wir weg und deshalb alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen..

Deshalb hat die Fraktion der Linkspartei.PDS eine wissenschaftliche Begleitung des Hartz IV-Prozesses in Magdeburg angeregt. Unser Ziel sind fundierte Handlungsempfehlungen zur Gestaltung eines Kernbereiches der Kommunalpolitik.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die beängstigende Zunahme der geringfügigen Beschäftigung in Magdeburg hinweisen. Sie ist von 1997 bis 2003 vervierfacht worden. Es müsste geklärt werden, in welchem Zusammenhang dies zu den relativ stagnierenden bzw. leicht rückläufigen

Haushaltsnettoeinkommen steht. Die Situation der Magdeburger Haushalte ist allerdings dramatischer, als die Tabellen es ausweisen. Denn die finanziellen Belastungen der Haushalte sind in den vergangenen Jahren enorm gestiegen:

- Praxisgebühren, Zuzahlungen für Arzneien und Behandlungen
- Benzin- und Energiekosten,
- Fahrpreise im Nah- und Fernverkehr
- Lebensmittel

Zu denen, die sich zunehmend einschränken müssen, gehören die von der wahrscheinlichen dritten Renten-Nullrunde Betroffenen.

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen vermelden sinkende Umsätze, die sich daraus erklären, dass viele Haushalte einfach weniger Geld zur Verfügung haben. In Anbetracht des Weihnachtsmarktes würde ich gern wissen, wie viele Magdeburger Familien es sich nicht leisten können, dort öfter als einmal einen Abend zu verbringen.
Woran liegt das Armwerden eigentlich? Es ist doch nicht so, dass weniger Werte geschaffen würden. Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht hat die Bundesregierung im Jahr 2005 auf Folgendes hingewiesen:

„Allerdings sind die Privatvermögen in Deutschland sehr ungleichmäßig verteilt. Während die unteren 50 % der Haushalte nur über etwas weniger als 4% des gesamten Nettovermögens (ohne Betriebsvermögen) verfügen, entfallen auf die vermögendsten 10 % der Haushalte knapp 47 %. Der Anteil des obersten Zehntels ist bis 2003 gegenüber 1998 um gut 2 Prozentpunkte gestiegen.“

Die Rede ist hier von Umverteilung, von Konzentration des Vermögens. Andererseits haben wir es mit defizitären öffentlichen Kassen zu tun. Das ist nicht gerecht und wir sollten darüber auch im Stadtrat reden. Es geht um den Sozialstaat. Der ist nicht geschaffen worden, um Armut zu bekämpfen, sondern um Armut zu verhindern. Eine schwere Aufgabe ist das, doch wird sie nicht gelöst, dann bleiben wir den engen Grenzen kommunaler Handlungsmöglichkeiten verhaftet. Wir haben lediglich die Möglichkeit eines guten oder weniger guten Sozialmanagements ***im Rahmen der Gesetze***.

Gutes Sozialmanagement beginnt für uns, wenn alle im Stadtrat bei allem Zwang zur Haushaltskonsolidierung auf die sozialen Folgen der Entscheidungen achten. Wann hat sich der Stadtrat mit der Lebenssituation der vor Jahren ausgesourcten Reinigungskräfte der Schulen und Kindertagesstätten befasst? Viele von den betroffenen Frauen waren Alleinerziehende oder gar Alleinverdienende ihrer Familien. Wie sieht es heute mit den übergeleiteten Erzieherinnen aus? Wir brauchen die Informationen, ob die Freien Träger ihre bei den Kita-Übernahmen abgegebenen Tariftreue-Erklärungen auch einhalten.

Das ist nur ein Beispiel für die Wahrnehmung konkreter sozialer Verantwortung, für die von der Magdeburger Bevölkerung 56 Mitglieder des Stadtrates gewählt worden sind.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS unterstützt die in der Information 217/05 genannten sozialpolitischen Herausforderungen. Wir möchten sie um die Herausforderung der Lern- und Erziehungsprozesse an den Schulen und die dringend notwendige Verstärkung der Schulsozialarbeit ergänzen.

Hinsichtlich der behandelten Schwerpunkte der Gesundheit als Leitziel noch Folgendes:
Wir unterstützen als Fraktion sinnvolle Maßnahmen

- zur Verbesserung der Zahngesundheit bei der Bevölkerung,
- zur Senkung des Anteils an RaucherInnen und der alkoholbedingten Gesundheitsschäden,
- zur Erreichung eines altersgerechten Impfstatus bei über 90% der hier lebenden Menschen,
- zur Entwicklung eines gesunden Bewegungsverhaltens, einschließlich der Verbesserung von Bewegungsangeboten,
- zur Förderung eines gesunden Ernährungsverhaltens und gesunde Ernährungsangebote.

Das Ziel ist es, Gesundheit dort zu erhalten oder wiederherzustellen, wo Menschen leben und arbeiten, Beschäftigte im Unternehmen, Kinder und Jugendliche in der Schule oder in der Kita.

Ich kündige für die Januar-Sitzung des kommenden Jahres eine Initiative meiner Fraktion an, mit dem wir eine Sozialkonferenz der Landeshauptstadt Magdeburg anregen. Es geht hier um Handlungsfelder und –empfehlungen für diesen Bereich. Er soll ein Austausch der besten und fortgeschrittensten Erfahrungen werden, mit dem wir uns auf die Bewältigung der Herausforderungen einstellen.

Den Verfasserinnen und Verfassern der Beschreibung von „Magdeburg – sozial“ unseren ausdrücklichen Dank für die geleistete Arbeit und das Faktenmaterial. Es ist eine wirklich gute Arbeitsgrundlage für unser Handeln.

Herzlichen Dank auch für Ihre - möglicherweise strapazierte - Aufmerksamkeit.